

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Mittstadt
Schriftleitung: Dresden-Altstadt, Ollberghofstr. 2
Kontingentsnummer 17980 • (Kontingentsnummer)
„Arbeiterstimme“ Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung:
Dienstag nachmittags von 8-5 Uhr (außer Sonnabende)

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostachsen)

Schriftleitung: Dresden-Altstadt, Ollberghofstr. 2
Kontingentsnummer 17980 • (Kontingentsnummer)
„Arbeiterstimme“ Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung:
Dienstag nachmittags von 8-5 Uhr (außer Sonnabende)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg.

Bezugpreis für den Monat frei ins Haus 3 RM.
(Halbmonatlich 1 RM.) • Auch für den Postweg monatlich 3 RM.
(ohne Zulagegebühr) • In allen Ländern Deutschlands besteht kein
Unterschied auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung bei
Bezugwechsel • Abnahme über 100 Exemplare anfordern

Dresden
Dienstag, 5. Januar 1926

Anzeigenpreis:
Die neuzeit geübte Doppelseite oder deren Äquivalent 2000
für 1000 Exemplare, für die Restmenge ermäßigend
an den Abnehmer. Einzelnummern 1,25 RM. • Anzeigen-
annahme liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion

Nr. 3

Volksentscheid gegen die fürstlichen Räuber

Zur Geschichte der sächsischen Koalitionspolitik

Von Paul Böttcher.
(Schluß)

Der Berliner Parteivorstand der SPD. hat in allen Fragen die Fraktionsmehrheit in Sachsen unterstützt und geleitet. Dittmann leitete die Parteifraktion gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsen ein mit seinem berühmtesten Reichstagsartikel „Ein proletarisches Trauerspiel“. In diesem Aufsatz, der zur Vorbereitung der Großen Koalition am 28. Dezember 1923 im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, wurden die linken sozialdemokratischen Führer aufs schwerste beschimpft, und die linken sozialdemokratischen Führer wurden vor ihren Anhängern denunziert als „ein halbes Duzend junger Redakteure und Schulmeister“, die Sachsen zu „einem Lummelplatz parteiübergreifender Treibereien politisch untauglicher Elemente“ machten. In einem weiteren Aufsatz, der nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition am 7. Januar 1924 im „Vorwärts“ erschien, erklärte Dittmann, daß die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter und Führer sich im „Baume der Kommunisten“ befänden. Als wichtigste Aufgabe erklärte er für die SPD. folgendes:

„Das erste politische Problem, vor dem unsere Partei jetzt in Sachsen steht, ist deshalb die geistige und politische Loslösung der Partei von der Umfriedung und Umklammerung durch die Kommunisten, in die sie durch ihre unglückselige Politik des letzten Jahres hineingeraten ist. Jeder ehrliche Sozialist wünscht schließlich eine Verständigung mit der Arbeiterklasse, die heute noch glauben, zu den Kommunisten halten zu müssen. Aber es kann keine Rede davon sein, daß unsere Partei sich in das Schlepptau der Moskauer Demagogen und Bruchstücke nehmen lassen darf.“

Die Aufgabe, die Dittmann in diesen Sätzen als die wichtigste Aufgabe des Parteivorstandes bezeichnet, wurde in den folgenden Jahren mit den verschiedensten Mitteln zu lösen versucht.

Was bedeuten die obigen Sätze Dittmanns? Sie sind das alte Programm des Parteivorstandes. Keine Einheitsfront der Arbeiterklasse, sondern Zerstückelung des Proletariats — Bündnis mit der Bourgeoisie. In allen Einzelfällen wurde dieses Programm des Parteivorstandes gegenüber der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter durchgesetzt. Die Beschlüsse des Berliner Reichsparteitages der SPD. im Jahre 1924 und auch die Beschlüsse des Heidelberger Parteitag im Jahre 1925 zur Sachfrage liegen an dieser Linie und sind nichts anderes als eine brutale Mißachtung des politischen Willens der sozialdemokratischen Arbeiterklasse in Sachsen. Niemals wäre die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit im sächsischen Landtag in der Lage gewesen, sich gegenüber den Arbeitern so rücksichtslos durchzusetzen, wenn sie nicht im Parteivorstand einen festen Rückhalt gehabt hätte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen jedoch aus der zweijährigen Geschichte der Koalitionspolitik in Sachsen, die eine einzige Kette der Bergewaltigung des selbständigen politischen Willens der sozialdemokratischen Arbeiter darstellt, auch ihrerseits die Lehren ziehen. Wäre diese Entschiedenheit möglich gewesen, wenn die linken sozialdemokratischen Führer ihre falschen Versprechungen mit allen Mitteln auch gegenüber dem Parteivorstand rücksichtslos durchgesetzt hätten? Die linken Führer haben sich immer wieder durch parlamentarische Vereinbarungen mit dem Parteivorstand in Gegensatz gestellt zur Mehrheit der Arbeiterklasse. Bei der Bildung der Großen Koalition gab die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit eine Erklärung ab, daß die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung für die Regierung ablehne. Dieses Borgehen entsprach der Stellung der Linken auf dem Landesparteitag der SPD. vom 6. Januar 1924. Dieser Landesparteitag wandte sich in einer scharfen Entschiedenheit gegen die Bildung der Großen Koalition durch die Fraktionsmehrheit und sprach derselben das schärfste Mißtrauen aus. Die eingegangene Verbindung mit Volkspartei und Demokraten wurde getrennt als eine „glatte Unterwerfung unter die Gewalttätigkeit der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsstreik und Reichsregulativ die Zerstückelung der sozialdemokratischen Positionen und die Bildung einer Großen Koalition anstrebt.“ Der Landesparteitag forderte gleichzeitig den Rücktritt des Ministerpräsidenten, die Auflösung des Landtags und im Falle der Ablehnung der Landtagsauflösung den Volksentscheid über die Landtagsauflösung. Die Fraktionsmehrheit erklärte damals, daß sie ihre Stellungnahme vor der Gesamtpartei verantworten werde und daß sie für die Entscheidung über ihren Beschluß den Reichsparteitag in Berlin anzurufen werde. Hierauf nahm der Landesparteitag gegen drei Stimmen eine Gegenerklärung an, in der es heißt:

„Auf die Erklärung der Fraktionsmehrheit erklärt der Landesparteitag, daß die SPD. in Sachsen nach dem auf dem Landesparteitag am 6. Januar 1924 gefassten Beschluß, an dem Reichsparteitag nicht beteiligt und für diese Koalitionregierung nicht verantwortlich ist.“

Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Arbeiter hätte bei Aufbruch der Arbeiter zum sächsischen parlamentarischen

Einleitung des Volksentscheides durch die KPD.

Zu der von uns bereits geklärten Mitteilung des „Montag Morgen“, der unter der Überschrift „Neue Aktion gegen die Fürstenabfindung“ mitteilte, daß die Frage des Volksentscheides über die Fürstenabfindung im Laufe dieses Monats wieder akut werde, da die KPD. einen neuen Schritt bei der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vorbereite, um sie zu einem gemeinsamen Antrag zu gewinnen, veröffentlicht heute „Die Rote Fahne“ unter Bezugnahme auf

Der von der kommunistischen Partei eingeleitete Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hat weit über die Grenzen der Arbeiterklasse hinaus ein lebhaftes Echo gefunden. Nicht nur im Reichstag und in den einzelnen Landesparlamenten, sondern auch vor vielen kommunalen Vertretungen liegen Anträge auf restlose Enteignung der Fürsten vor. Nicht nur die kommunistischen Arbeiter und die mit der KPD. sympathisierenden Schichten der werktätigen Bevölkerung haben sich mit diesen Anträgen solidarisiert. Trotz der ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der öffentlichen Sabotage und Verwirrungsmasche der sozialdemokratischen Presse haben sich in vielen Orten auch die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Forderung der Kommunisten solidarisiert und dementsprechende Anträge an die sozialdemokratischen Parteinstanzen gestellt. In unzähligen Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen haben kommunistische und sozialdemokratische Gewerkschafter gemeinsam beschlossen, für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzutreten. Unter dem Druck der täglich zunehmenden Massenbewegung gegen die Fürstenabfindung haben in verschiedenen Gemeindeparlamenten selbst fürgerichtige Vertreter den von den Kommunisten eingebrachten Anträgen zugestimmt. Nicht nur in den proletarischen Klassen, auch in den kleinbürgerlichen Kreisen, in den Kreisen der Beamten und Angestellten, in den durch die Aufwertung betrogenen Schichten der Bevölkerung wächst mit jedem Tag die Empörung. SPD. und

und außerparlamentarischen Kampf der Fraktionsminderheit gegen die Koalitionsregierung bis zum Sturz derselben. Vor dieser Konsequenz schreckten jedoch die linken Führer zurück. Sie führten zwar parlamentarische Scheinentscheide gegen die Regierung, verniederten jedoch jede politische Maßnahme, die zu Aktionen zum Sturz des Kabinetts hätte führen können. Um eine klare Stellungnahme vor der sozialdemokratischen Arbeiterklasse zu verschleiern, wurde die Frage der Auseinandersetzung mit den Koalitionspolitikern auf das Gebiet des organisatorischen Disziplinbruches geschoben. Auf mehreren Landesparteitagen, in unzähligen Kommissionshörungen und Funktionärversammlungen verhandelte die Linke monatelang mit dem Parteivorstand und mit den Vertretern der Fraktionsmehrheit. Durch taktische Winkelzüge und Mandatverluste sollte jede eindeutige politische Fragestellung verhindert werden. Das zeigte sich besonders klar auf dem Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie im Oktober 1924 in Leipzig. Dieser Parteitag war unter der Regie Lipinski eine widerliche Komödie. Auf diesem Parteitag wurde überhaupt keine Diskussion geführt, sondern nur hinter den Kulissen gefühthandelt.

Es hat sich später herausgestellt, daß der Parteivorstand auf diesem Parteitag in ganz besonders gerissener Weise seine Hände im Spiel gehabt hat. Er empfahl am 28. Oktober die Auflösung und anschließend die Kandidatenaufstellung. Das war für die Öffentlichkeit des Parteitag, zur Verhüllung der sozialdemokratischen Arbeiter. Am 3. November berief der Parteivorstand jedoch eine Sitzung nach Berlin, in der beschlossen wurde, daß die Landtagsfraktion erst dann einer Landtagsauflösung zustimmen dürfe, wenn die Vereinbarungen über die Kandidatenaufstellung durchgeführt seien. Herr Wels wollte also der Rechten ihre Mandate garantieren. Sol so auf der einen Seite die Rechte in der verflochtenen Zeit in ihrem Kampfe gegen die Landtagsauflösung des Bild eines widerwärtigen Strebertums und Mandatshägers, einer schamlosen Unterwerfung unter die Befehle der kapitalistischen Parteien, so hat auf der anderen Seite die linke Führergruppe ein trotzkistisches Bild der Schwankungen, Unsicherheit und Haltlosigkeit. Dieses Spiel wurde bis zum Heidelberger Parteitag fortgesetzt. Die sozialdemokratischen Arbeiter wurden auf die Beschlüsse dieses Parteitag vertrieben. Der Heidelberger Parteitag brachte jedoch alles andere als eine Entscheidung der Parteitagmehrheit gegen die sächsische Koalitionspolitik. Im Gegenteil. Die Koalitionspolitik wurde gebilligt. Es wurde nur aufs neue der Versuch gemacht, die Arbeiter mit beherrschbaren und auslegungsmöglichen Beschlüssen irrezuführen.

Am Juli 1925, also vor dem Heidelberger Parteitag, beschloß die Fraktionsmehrheit noch einmal mit den sächsischen Differenzen und erklärte in einer Entschiedenheit, daß es die Pflicht der sächsischen Parteimitglieder im Landtage sei, ungesäumt die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Als Bedingung wurde jedoch die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren gestellt. Aber gerade diese Schiedsgerichtsverfahren waren nicht

U. D. S. zu aber noch immer so, als läßt sie nichts von dieser Bewegung und fahren fort, die Aktion für die entschädigungslose Enteignung zu durchkreuzen und zu sabotieren.

Die kommunistische Partei wird trotz der öffentlichen Sabotage des SPD-Parteivorstandes und des ADGB. fortfahren, die werktätigen Massen für den Kampf um die entschädigungslose Enteignung zu mobilisieren. Sie ist überzeugt davon, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wie auch die Kleinbürgerlichen Schichten, die sich bereits für die Anträge der Kommunisten entschieden haben, die Partei in diesem Kampfe weiter unterstützen werden.

Die kommunistische Partei würde es begrüßen, wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften geschlossen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintreten würden. Die Tatsache, daß die Frage der Fürstenabfindung auf der Grundlage einer Entschädigung angesichts der ungeheuren Kollage des werktätigen Volkes, insbesondere des Millionenheeres der Erwerbslosen geregelt werden soll, wie es die Anträge der SPD. und der Demokraten vorsehen, erfordert gebieterisch sofortiges und schnelles Handeln.

Aus diesem Grunde wird die kommunistische Partei das Volksbegehren beantragen und die dazu notwendigen Vorbereitungen einleiten in der festen Zuversicht, daß sie von den Millionen der werktätigen Bevölkerung aktive Unterstützung erhalten wird.

anderes als eine unerhörte Provokation der sozialdemokratischen Arbeiter durch den Parteivorstand. Nach den Beschlüssen von Heidelberg sollten alle die bestehenden Differenzen beigelegt sein und ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Die linken sozialdemokratischen Führer waren jedoch nicht imstande, die Opposition ihrer proletarischen Anhänger gegen die Heidelberger Beschlüsse zu verhindern.

Nach dem Heidelberger Parteitag trat die sozialdemokratische Fraktion im sächsischen Landtag wieder geschlossen auf. Der Beschluß des Landesparteitages vom 6. Januar 1924 wurde automatisch aufgehoben. Die Linke übernahm die Verantwortung für die Koalitionsregierung. Selbst als äußeren Beweis für diese Tatsache sollte ein Vertreter der Linken in die hergerichtete „Reiner-Kommission“ eintreten. Die kapitalistischen Dirigenten der sächsischen Koalition sollten jedoch zunächst diese Kommission auf und verständigten sich auf andere Weise mit den Rechten. Damit sind die linken sozialdemokratischen Führer völlig ins Schlepptau der Koalitionsregierung geraten.

Was hätten die linken Führer tun müssen, um den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik zum Siege zu verhelfen? In erster Linie mußte die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden. Unter Verzicht auf parlamentarische Mandate, bei Durchführung rücksichtslosster parlamentarischer Opposition konnten die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter Sachsens außerhalb des Parlaments in wirksamer Weise zu einer einheitlichen, geschlossenen Front zusammengestellt werden. Hätten doch die linken Führer fast die gesamte Parteiorganisation der SPD. hinter sich. War der ADGB. die feste Stütze der Koalitionsregierung in Sachsen, so mußte sich der Kampf aller Feinde dieser Regierung konzentrieren auf die Bekämpfung der arbeitgemeinschaftlichen Politik des sächsischen Bezirksausschusses des ADGB. Die Regierung selbst warf einen republikanischen Schein nach dem anderen auf die Straße. Die Arbeiterklasse mußte ihrerseits ihre Reihen reinigen von allen denjenigen, die im Bunde mit der Regierung standen. Das war die richtige Antwort auf die Nichttätigkeit Dittmanns. Wenn Dittmann die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens an die Bourgeoisie verkaufen wollte, dann mußten alle Mittel angewendet werden, um die Spaltung der Arbeiter zu verhindern und die Einheit herzustellen. Die linken Führer haben sich jedoch dem Parteivorstand unterworfen. Sie sind insofern in Widerspruch mit ihren eigenen Anhängern geraten. Das beweist nicht zuletzt der Widerstand, der heute bereits in breiten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die linke Führung vorhanden ist. Es sei nur an die Beschlüsse der Leipziger SPD. zur Frage der Fürstenenteignung erinnert und an die zahlreichen Beschlüsse von Gewerkschaftsversammlungen zur Herbeiführung der proletarischen Einheitsfront und Ablehnung jeder Koalitionspolitik.

Am 28. Januar wird wiederum ein Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie stattfinden. Die sozial-